



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE ARCHIVIERUNG DER TRANSFORMATION

- **ANALYSE**
Das elektronische Archiv der Transformation 2
Reinhold Vetter, Warschau
- **GRAFIKEN ZUM TEXT**
Die Bewertung des Umbruchs durch die polnische Bevölkerung 6

- **CHRONIK**
Vom 3. bis zum 16. April 2012 11

Das elektronische Archiv der Transformation

Reinhold Vetter, Warschau

Zusammenfassung

Auch in Polen bemüht man sich zunehmend, historische Quellen ins Internet zu stellen und damit einem breiteren Publikum zugänglich zu machen. So haben die Kanzleien des Staatspräsidenten und des Senats die Federführung für ein neues Projekt mit dem Titel »Archiwa Przełomu 1989–91« (Archive des Umbruchs) übernommen, das der Sammlung, Aufbereitung und Digitalisierung von Materialien dient, die den damaligen Systemwechsel dokumentieren. Ein besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Tätigkeit der Bürgerkomitees überall in Polen, die in jenen Jahren neben der Gewerkschaft *Solidarność* die entscheidende Triebkraft der Transformation an der gesellschaftlichen Basis waren. Die Archivalien befinden sich insbesondere im Archiv des Senats in Warschau, aber auch in staatlichen und öffentlichen Institutionen sowie in privaten Sammlungen im ganzen Land.

Seit dem Jahr 2011 arbeiten Archivare in Warschau an einem interessanten Projekt, das zur Verbreitung des Wissens über einen entscheidenden Abschnitt der polnischen Zeitgeschichte beitragen soll. Dabei geht es um den Aufbau einer Internetseite mit dem Titel »Archiwa Przełomu 1989–1991« (»Archive des Umbruchs 1989–1991«), die den Zugang zu Dokumenten der Transformation des politischen und ökonomischen Systems in Polen ermöglichen soll. Fachleute haben damit begonnen, schriftliche Quellen sowie Ton-, Film- und Fernsehdokumente zu sammeln, aufzubereiten und zu digitalisieren. Ein entsprechender Katalog wird die Nutzung des Angebots im Internet erleichtern. Der Zugang soll kostenlos sein. Gegenstand des elektronischen Archivierens sind nicht nur Materialien zentraler staatlicher, politischer und gesellschaftlicher Institutionen in Warschau, sondern auch Bestände aus öffentlichen und privaten Sammlungen in den Regionen ganz Polens. Dabei werden die Originale der Dokumente in der Regel vor Ort bleiben. »Die Anfertigung digitaler Kopien ist unser gemeinsames archivarisches Projekt, wir wollen niemandem etwas wegnehmen«, betont Robert Kubaś, Leiter des Archivs im Senat, der zweiten Kammer des polnischen Parlaments. Staatliche Archive und Museen in den Regionen sowie Privatpersonen sollten also keine Befürchtungen hegen, so Kubaś. Treibende Kräfte des Projekts sind die Kanzleien des Staatspräsidenten und des Senats.

Tatsächlich haben die Jahre 1989–91 das neue Gesicht Polens entscheidend geprägt. Nicht zufällig ist von einem Umbruch (poln.: *przełom*) die Rede. Besonders die beiden Streikwellen des Jahres 1988 hatten gezeigt, dass das sozialistische System Polens in eine ausweglose Krise geraten war. Zusätzlicher Druck entstand durch die Veränderungen in der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow und erste Reformen insbesondere in Ungarn. Nach langem Tauziehen einigten sich die kommunistischen Machthaber und die polni-

sche Opposition unter Führung der Gewerkschaft *Solidarność* während der Beratungen am Runden Tisch im Frühjahr 1989 auf einen Fahrplan für eine durchgreifende politische und ökonomische Transformation des herrschenden Systems. Die Niederlage der Kommunisten in der ersten, halbfreien Parlamentswahl vom Juni 1989 ermöglichte die Bildung einer Koalitionsregierung unter Führung des politisch erfahrenen Oppositionspolitikers Tadeusz Mazowiecki, die durch einschneidende verfassungsrechtliche und gesetzgeberische Veränderungen Polen auf den Weg zu einer demokratisch-parlamentarischen Republik und Marktwirtschaft brachte. Nach und nach entstanden auch neue politische Parteien unterschiedlichster Couleur.

Neben der *Solidarność* spielten das *Bürgerkomitee bei Lech Wałęsa* (später *Bürgerkomitee »Solidarność«*), in dem sich die wichtigsten Köpfe der Opposition sowie parteipolitisch ungebundene und reformbereite Intellektuelle versammelten, sowie die im Vorfeld der halbfreien Wahl überall im Land entstehenden Bürgerkomitees eine wichtige Rolle als Triebkräfte der Transformation. Nicht zufällig trug die erste parlamentarische Fraktion der vormaligen Opposition den Namen *Parlamentarischer Bürgerklub* (*Obywatelski Klub Parlamentarny – OKP*). Die Leitung des OKP übernahm Bronisław Geremek, der wohl wichtigste Stratege der Transformation auf Seiten der Opposition. Auch die erste freie Wahl zu den regionalen und lokalen Selbstverwaltungsorganen im Mai 1990 wurde entscheidend durch die Bürgerkomitees geprägt. Tadeusz Mazowiecki nannte diese Wahl eine »kollektive Beratung« auf nationaler Ebene. Nach Auffassung des Historikers Andrzej Friszke hat sich die Transformation sowohl oben, auf zentraler Ebene, als auch unten, in den Woiwodschaften, Städten und Gemeinden vollzogen. So liegt es auf der Hand, dass das geplante Internetarchiv nicht zuletzt die Arbeit der Bürgerkomitees dokumentieren soll.

Schlüsselrolle des Senats

Nach einer ersten Vereinbarung zwischen den Kanzleien des Staatspräsidenten und des Senats, die bereits im Jahr 2009 getroffen worden war, kamen am 22. November 2011 etwa 50 Vertreter von zentralen, regionalen und lokalen Archiven, Bibliotheken, Museen und Stiftungen zu einer Konferenz im Warschauer Senatsgebäude zusammen, um unter dem Thema »Archive des Umbruchs als Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen« über den Aufbau des Internetarchivs zu beraten. Im Rahmen der Konferenz charakterisierte Andrzej Friszke die Transformation als eine entscheidende Etappe der polnischen Zeitgeschichte, die als abgeschlossene historische Periode weiterer wissenschaftlicher Untersuchungen bedürfe. Tadeusz Mazowiecki sagte über sein Kabinett der Jahre 1989–90, dass dies eine Regierung der Koalition mit den früheren Machthabern gewesen sei, in der aber zunehmend die vormalige Opposition und die *Solidarność* das Kommando übernommen hätten. Der damalige Staatspräsident Wojciech Jaruzelski, so Mazowiecki, habe als reformbereiter Repräsentant des alten Systems mehr oder weniger mit der neuen Regierung kooperiert und insbesondere die durchgreifende ökonomische Umgestaltung nicht behindert. Nach und nach habe Jaruzelski dann an Handlungsfähigkeit verloren.

Henryk Wujec, in den Jahren 1988–90 Sekretär des *Bürgerkomitee bei Lech Wałęsa* und dann auch Abgeordneter im Sejm, berichtete, damals seien viele Oppositionelle immer auch Archivare gewesen, die sich bemüht hätten, möglichst viele Dokumente für spätere Zeiten aufzubewahren. Wujec, den man in Warschau einen »begnadeten Sammler« nennt, hat große Teile seiner privaten Bestände im Archiv des Senats deponiert, darunter Teile des Archivs des *Bürgerkomitee bei Lech Wałęsa* und auch Fotos und Plakate der Kandidaten der Opposition, die bei der Wahl im Juni 1989 antraten. Gegenstand der Beratungen während der Konferenz im November 2011 waren insbesondere die Aktivitäten der Bürgerkomitees überall in Polen in den Jahren 1989–90 sowie die organisatorische und zeitliche Planung des Aufbaus des Internetarchivs.

Dass die Kanzlei des Senats und das Senatsarchiv eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung dieses elektronischen Archivs spielen, geht auf die Tatsache zurück, dass der Senat – im Jahr 1989 neu geschaffen – die erste staatliche Institution war, die vollkommen vom alten System unabhängig war, und dort auch das erste öffentliche nichtkommunistische Archiv aufgebaut wurde.

Wahre Schätze

So finden sich in den »Katakomben« des Senats wahre Schätze, die das Herz all derer höher schlagen lassen,

die sich mit Zeitgeschichte beschäftigen. Das gilt beispielsweise für zahlreiche Quellen, die die Beratungen und Arbeitsergebnisse des Runden Tisches im Frühjahr 1989 dokumentieren. Auch Protokolle, Beschlüsse und andere Materialien des *Landesvorstands der Solidarność (Krajowa Komisja Wykonawcza NSZZ »Solidarność«)* aus den Jahren 1987–90 werden hier aufbewahrt. Besonders umfangreich ist die Sammlung von Dokumenten, die ein lebendiges Bild der Arbeit des *Bürgerkomitee bei Lech Wałęsa* und der etwa 50 Bürgerkomitees in ganz Polen zeichnen – von der Vorbereitung der Parlamentswahl 1989 über die Analyse der Wahlergebnisse bis hin zur entscheidenden Rolle der Komitees bei der Wahl der Selbstverwaltungsorgane 1990.

Erhellend ist außerdem die Lektüre des Materials, mit dem die Tätigkeit des *OKP* ab 1989 dokumentiert wird. Es geht um den Aufbau und die Arbeitsweise der Fraktion, der viele Parlamentarier angehörten, die dieses Handwerk erst von Grund auf lernen mussten – inklusive die inhaltlichen Debatten insbesondere über die Gesetzesentwürfe der Mazowiecki-Regierung –, sowie um die Kontakte der Abgeordneten zu ihren Wahlkreisen und zu Parlamentariern in anderen Ländern. So zeigt etwa eine 120-seitige Mitschrift der Beratung des *OKP*-Präsidiums am 3. November 1989 mit dem damaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten und Finanzminister Leszek Balcerowicz, worüber damals gestritten wurde. Balcerowicz war »Vater« der kompromisslosen marktwirtschaftlichen Reformen, die um die Jahreswende 1989–90 auf den Weg gebracht wurden.

Ein lebendiges Bild der Stimmungen und Meinungen in der polnischen Bevölkerung jener Zeit ergeben die etwa 2.000 Briefe (die sogenannte Geremek-Post), die Bürgerinnen und Bürger aus ganz Polen dem *OKP*-Vorsitzenden Bronisław Geremek geschrieben haben. Sie äußern sich dezidiert zu den Balcerowicz-Reformen, zum Problem der »Durchleuchtung« (poln.: *lustracja*), also der Überprüfung höherer Staatsbeamte und Abgeordneter auf mögliche Kontakte zu den früheren kommunistischen Geheimdiensten, zur Verfassungsreform, aber auch zu ihren alltäglichen Wünschen und Hoffnungen, die sie mit dem erlebten Wandel verbanden. Viele Briefe hat Geremek selbst beantwortet. Akribisch sammelte er alles, was in der polnischen Öffentlichkeit und auch im Kontakt mit den Wählern über seine Arbeit gesagt wurde, sei es kritisch oder anerkennend.

Mit der Entfaltung des politischen Lebens im nachkommunistischen Polen entstanden auch neue Parteien, die zunächst ihre eigenen Arbeitskreise innerhalb des *OKP* bildeten, nach und nach aber auch zur Gründung eigener Parlamentsfraktionen übergingen. Zu den wichtigsten zählten die christlich-soziale *Demokratische Union (Unia Demokratyczna)*, die linksliberale *Bürger-*

bewegung – Demokratische Aktion (Ruch Obywatelski – Akcja Demokratyczna), die konservative *Zentrumsallianz (Porozumienie Centrum)* und die katholisch-nationale *Christlich-Nationale Vereinigung (Zjednoczenie Chrześcijańsko-Narodowe)*. Auch die *Solidarność* bildete später ihre eigene Parlamentsfraktion. Dieser Differenzierungsprozess findet ebenso seinen Niederschlag im Archivmaterial des Senats.

Zu dem dort aufbewahrten Quellenmaterial gehören außerdem Akten und sonstige Dokumente aus der Arbeit des Sekretariats des konservativen Politikers Andrzej Stelmachowski, der in den Jahren 1989–91 das Amt des Senatspräsidenten bekleidete.

Aber das Projekt »Archive des Umbruchs« zielt natürlich auch auf die Bestände in anderen zentralen Institutionen. So finden sich im Archiv der *Bronisław Geremek-Stiftung (Fundacja Bronisława Geremka)* wichtige Materialien aus dem persönlichen Nachlass des verstorbenen Historikers, Bürgerrechtlers und Außenministers sowie zahlreiche Dokumente, die das Parteileben der *Demokratischen Union*, der *Freiheitsunion (Unia Wolności)*, des *Liberal-Demokratischen Kongresses (Kongres Liberalno-Demokratyczny)* und der *Bürgerbewegung – Demokratische Aktion* widerspiegeln. Auch eine Kooperation mit dem Archiv des Staatspräsidenten, dem Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Instytut Studiów Politycznych Polskiej Akademii Nauk) und dem Institut für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej), wo vor allem die Akten der früheren Sicherheitsdienste aufbewahrt werden, sowie mit verschiedenen Ministerien und oberen Polizeidienststellen wird angestrebt. Außerdem haben erste Recherchen in polnischen Bibliotheken in Paris und London stattgefunden.

Auch wenn wichtige Dokumente, die Auskunft über die Arbeit der Bürgerkomitees in den Jahren 1989–91 geben, vor allem im Archiv des Senats in Warschau archiviert wurden, dürfte der Umfang entsprechender Quellen, die überall in Polen aufbewahrt werden, weitaus größer sein. Das gilt besonders für Material, das sich im Privatbesitz ehemaliger Aktivisten der Komitees befindet. Inzwischen wurden einige dieser Privatsammlungen an das Senatsarchiv übergeben, so beispielsweise durch die Vizepräsidentin des Senats, Grażyna Anna Sztark, die damals zu den Mitbegründern des Bürgerkomitees in Białogard in Nordwestpolen gehörte. Ihre Sammlung soll als eine der ersten ins Internet gestellt werden.

Zahlreiche Quellen, insbesondere zur Arbeit der Bürgerkomitees, befinden sich auch in staatlichen Museen in den Regionen, in städtischen Bibliotheken und Archiven sowie in kirchlichen Sammlungen. Die Pioniere der »Archive des Umbruchs« wissen sehr genau, dass sie noch lange keinen vollständigen und abschließenden

Überblick über das im ganzen Land vorhandene Material haben werden. Glücklicherweise kommen nach und nach entsprechende Hinweise von öffentlichen und privaten Institutionen sowie von Privatpersonen.

Schon 15.000 Seiten und 1.200 Fotos digitalisiert

So haben sich die Initiatoren und Betreiber des elektronischen Archivs inzwischen auch von der Illusion freigemacht, diese Arbeit in maximal fünf Jahren abschließen zu können. Vielmehr gehen sie inzwischen von einem Zeitraum aus, der mindestens 20 Jahre umfasst. Allein die vielen Recherchen vor Ort sind sehr zeitaufwändig. So waren Archivare aus Warschau anwesend, als längere zeitgeschichtliche Interviews mit allen noch lebenden Mitgliedern des Senats der Jahre 1989–91 aufgenommen wurden.

Ohnehin lastet die tägliche Arbeit an der Internetplattform fast ausschließlich auf einer kleinen Gruppe von Mitarbeitern des Senatsarchivs. Die Kosten des Projekts werden bislang aus Mitteln der Kanzleien des Senats und des Staatspräsidenten getragen. Geplant ist auch, einen sogenannten Programmrat aus prominenten Historikern, Abgeordneten und anderen Politikern zu bilden, der für öffentliche Unterstützung der Arbeit sorgen soll.

Bei den Recherchen vor Ort zeigen sich Schwierigkeiten, die bis in die Jahre 1989–91 zurückgehen. So war damals Sammeln und Archivieren keine einfache Angelegenheit, weil viele Angehörige der ehemaligen Opposition keinerlei diesbezügliche Erfahrung hatten. Auch trieb sie noch während der Transformationsphase die Angst um, persönliche Dokumentationen könnten bei Bekanntwerden gegen sie selbst verwendet werden. So waren diese Materialien entweder völlig geheim oder dergestalt angelegt, dass man sie in jedem Moment schnell vernichten konnte. Hinzu kam, dass die Aktivisten der Bürgerkomitees in der Regel kaum Zeit hatten, sich mit Dokumentationsfragen zu beschäftigen.

Auch die damalige schwierige ökonomische Lage machte sich bemerkbar. Es mangelte an Papier; Fotoapparate und Filmkameras waren schwer zu beschaffen oder von minderer Qualität.

Als problematisch erweist sich auch die Tatsache, dass nicht alle staatlichen Archive in den Regionen bereit sind, mit den Betreibern des Internetarchivs zu kooperieren, weil sie dieses Projekt als Konkurrenz empfinden, auch wenn ihnen versichert wird, dass es nur um die Anfertigung digitaler Kopien geht. Erst nach und nach setzt sich die Erkenntnis durch, die Kooperation mit dem Projekt »Archive des Umbruchs« auch als Werbung in eigener Sache zu betrachten, gerade wenn es sich um kleinere Archive und Bibliotheken handelt.

Privatpersonen wiederum muss vielfach geholfen werden, ihre eigenen Materialsammlungen zu systematisieren und aufzubereiten.

Immerhin steht inzwischen fest, welcher Internetserver für das elektronische Archiv genutzt werden soll, und es wurde entsprechende Software gekauft. Es werden Entwürfe für die Homepage und einen elektronischen Katalog diskutiert, der die Nutzung erleichtern soll. Etwa 15.000 Seiten schriftlicher Dokumente und 1.200 Fotos wurden bereits digitalisiert. Im Juni dieses Jahres werden die ersten Materialien im Internet abrufbar sein.

Stärkung der kollektiven Erinnerung

Die Betreiber des elektronischen Archivs hoffen, dass ihre Webseite eine gewisse Ausstrahlung entfaltet, wenn sie erst einmal im Netz zugänglich ist. Schon jetzt erklären Historiker und Studenten ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit. So meldete sich eine Gruppe von Studenten der Marie Curie-Skłodowska-Universität (UMCS) in Lublin, die in staatlichen Archiven und bei ehemaligen Aktivisten der Bürgerkomitees und der *Solidarność* recherchieren will. Inzwischen existiert eine ganze Anzahl von Diplomarbeiten und Dissertationen, die auch bzw. gerade auf der Basis der Quellen des Archivs im Senat geschrieben wurden.

So wie die Bürgerkomitees damals ein erstes Element der entstehenden Zivilgesellschaft darstellten, werden auch die »Archive des Umbruchs« zur Stärkung der kol-

lektiven Erinnerung und damit des staatsbürgerlichen Bewusstseins beitragen. Ihr Wert für Wissenschaft und Forschung, Studium und Bildung ist kaum zu überschätzen. Auch Wissenschaftler, Studierende, Politiker und Journalisten in anderen Ländern werden diese Quellen zu nutzen wissen.

Nun wird dies nicht das erste elektronische Archiv historischer Quellen in Polen sein. So existiert beispielsweise seit einigen Jahren die »Encyklopedia Solidarności« (www.encyklopedia-solidarnosci.pl), durch die vor allem Quellen der 1980er Jahre elektronisch zugänglich gemacht werden. Diese Webseite wird unter anderem von dem renommierten Historiker Antoni Dudek betreut. Zu den Sponsoren zählen sowohl staatliche Stellen als auch private Unternehmen.

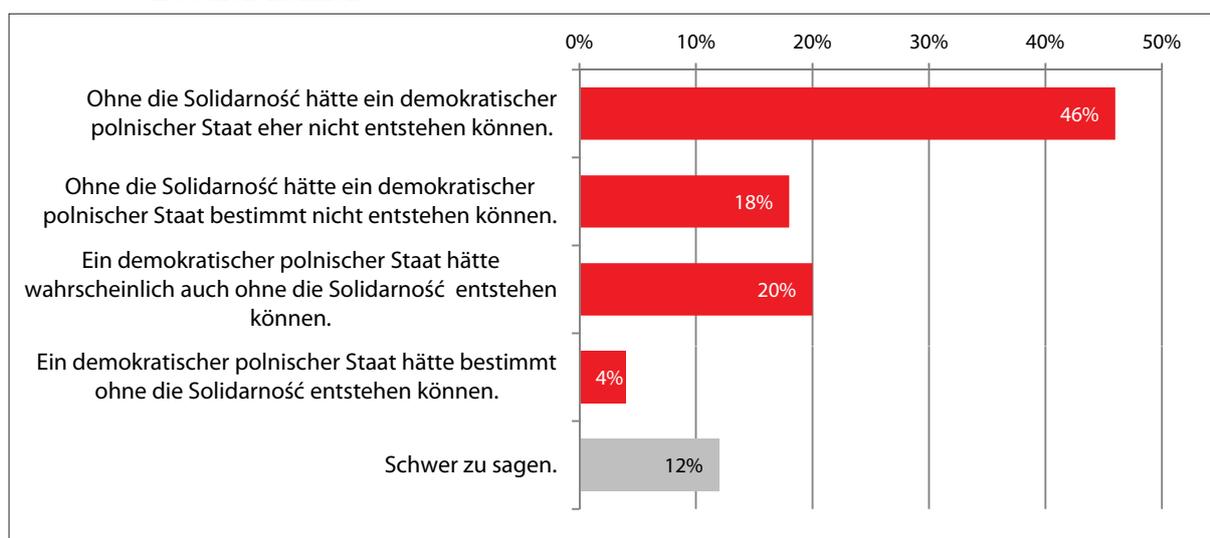
In dieser elektronischen Enzyklopädie findet man beispielsweise die Lebensläufe zahlreicher Aktivisten der Gewerkschaft *Solidarność*. Auch die legalen und illegalen Strukturen der Gewerkschaft von damals werden beschrieben. Umfangreich ist außerdem die Dokumentation der Streiks und anderer Protestaktionen in jenen Jahren des Widerstands gegen die Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981 und die Dokumentation des Wiederaufbaus der Gewerkschaft. Zu den Schätzen dieser Webseite zählen schließlich die digitalisierten Ausgaben solcher Untergrundzeitungen wie »Robotnik«, »Tygodnik Wojenny« und »Tygodnik Mazowsze«, aus dessen Redaktion später der Gründungskern der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« hervorging.

Über den Autor

Reinhold Vetter, Ingenieur und Politikwissenschaftler, lebt als freier Publizist in Warschau und Berlin. Zuletzt sind von ihm erschienen: »Zweite Chance für Tusk. Die Parlamentswahlen in Polen 2011.« In: Osteuropa, Heft 11/2011, S. 27–42, und »Ungarn. Ein Länderporträt.« Berlin: Christoph Links Verlag 2012.

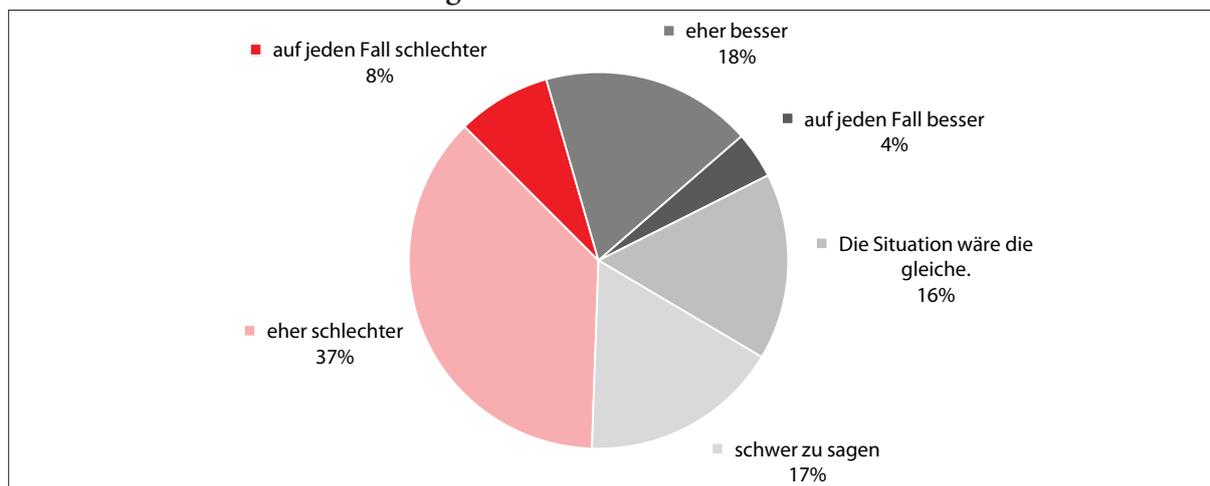
Die Bewertung des Umbruchs durch die polnische Bevölkerung

Grafik 1: Hätte ohne die Solidarność in den 1980er Jahren ein demokratischer polnischer Staat entstehen können?



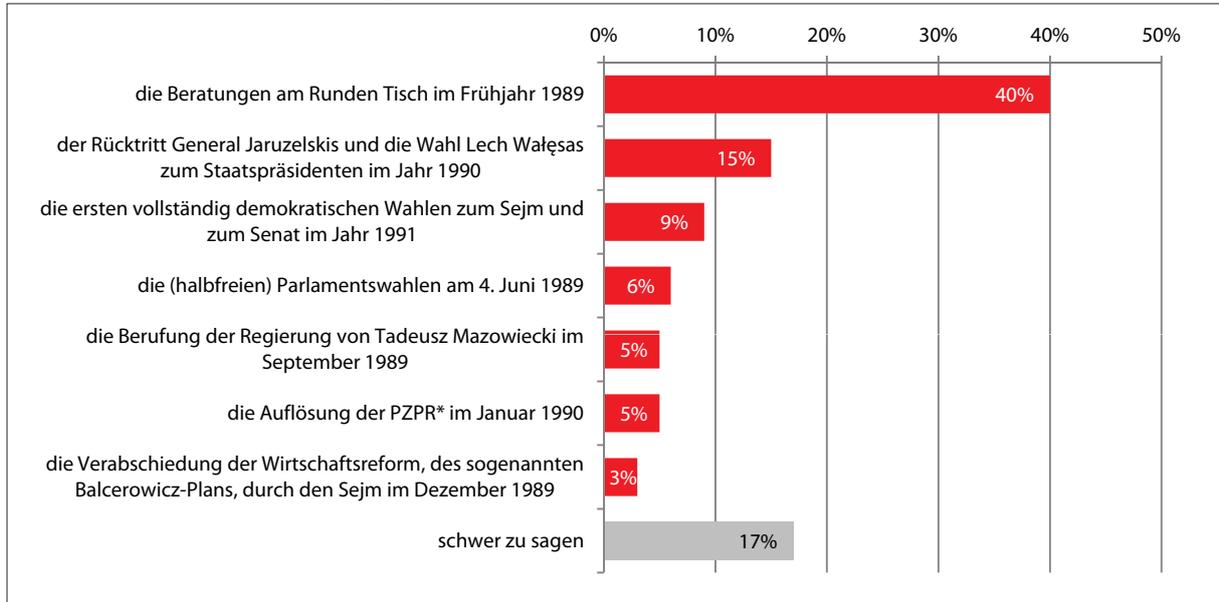
Quelle: CBOS BS/92/2010: NSZZ »Solidarność« a przemiany ustrojowe w Polsce i innych krajach bloku wschodniego [Die Gewerkschaft Solidarność und der Systemwandel in Polen und anderen Ländern des Ostblocks]. Warszawa 6/2010. www.cbos.pl

Grafik 2: Wäre die Situation der Arbeiter und anderer Beschäftigter ohne die Streiks im Jahr 1980 und die Entstehung der Solidarność heute besser oder schlechter?



Quelle: CBOS BS/92/2010: NSZZ »Solidarność« a przemiany ustrojowe w Polsce i innych krajach bloku wschodniego [Die Gewerkschaft Solidarność und der Systemwandel in Polen und anderen Ländern des Ostblocks]. Warszawa 6/2010. www.cbos.pl

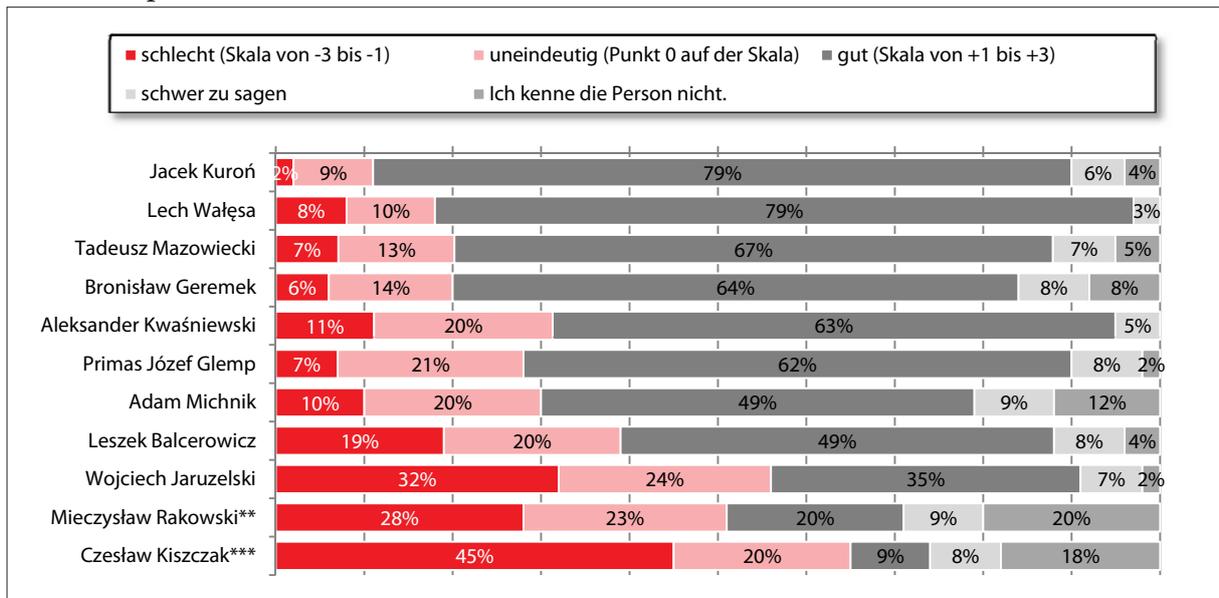
Grafik 3: Welches Ereignis war das entscheidendste für das Ende der Volksrepublik Polen, des kommunistischen Systems in Polen?



*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza – Polnische Vereinigte Arbeiterpartei

Quelle: CBOS BS/21/2009: O upadku komunizmu i głównych aktorach przemian [Über den Niedergang des Kommunismus und die Hauptakteure des Umbruchs]. Warszawa 02/2009. www.cbos.pl

Grafik 4: Wie beurteilen Sie die Rolle, die folgende Personen beim Systemwandel in Polen spielten?*



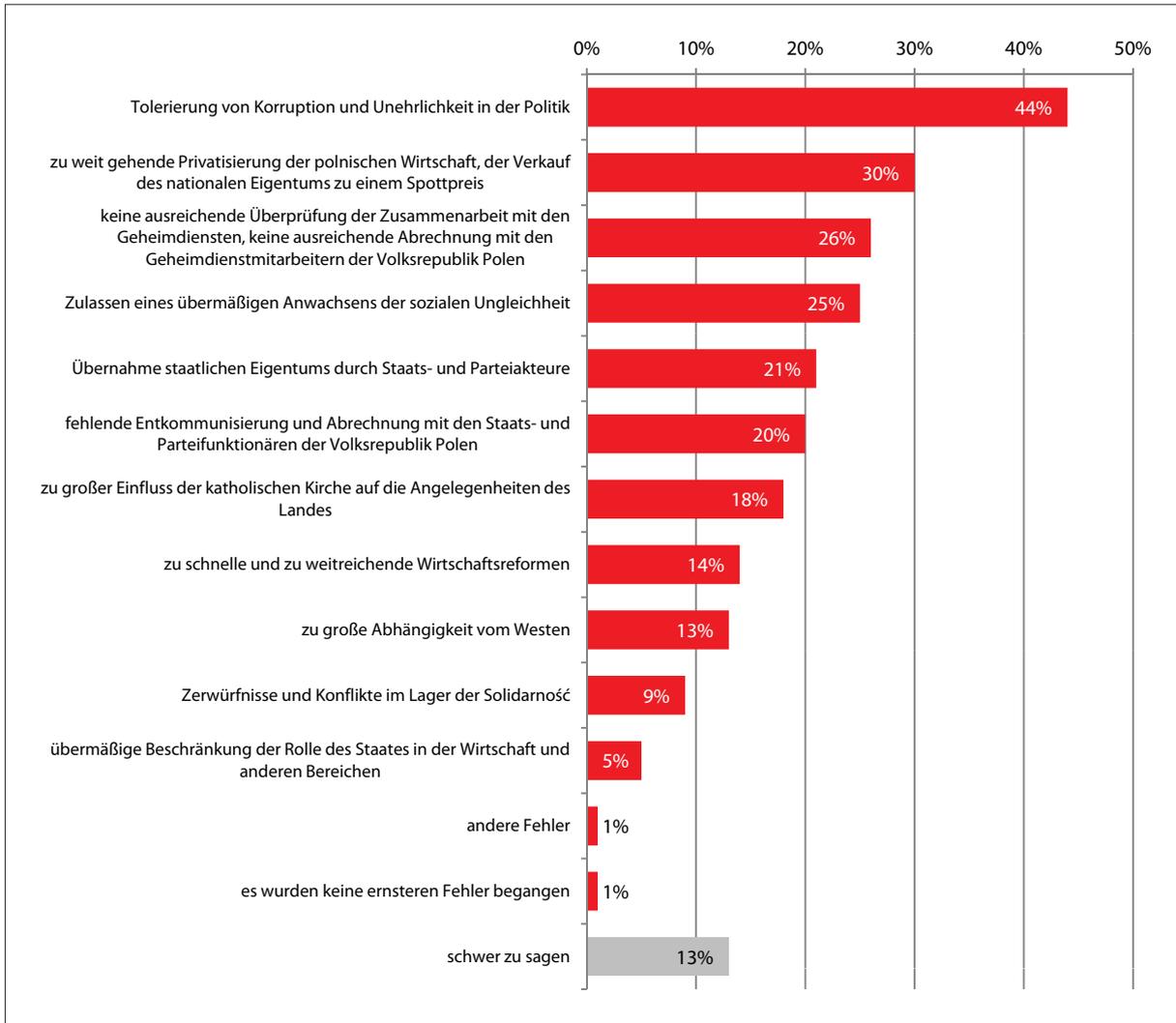
*Die Befragten markierten ihre Antworten auf einer Skala von -3 (sehr schlechte Beurteilung) bis +3 (sehr gute Beurteilung).

** letzter Erster Sekretär der PZPR 1989–1990

*** letzter PZPR-Innenminister und Mitinitiator des Runden Tisches

Quelle: CBOS BS/21/2009: O upadku komunizmu i głównych aktorach przemian [Über den Niedergang des Kommunismus und die Hauptakteure des Umbruchs]. Warszawa 02/2009. www.cbos.pl

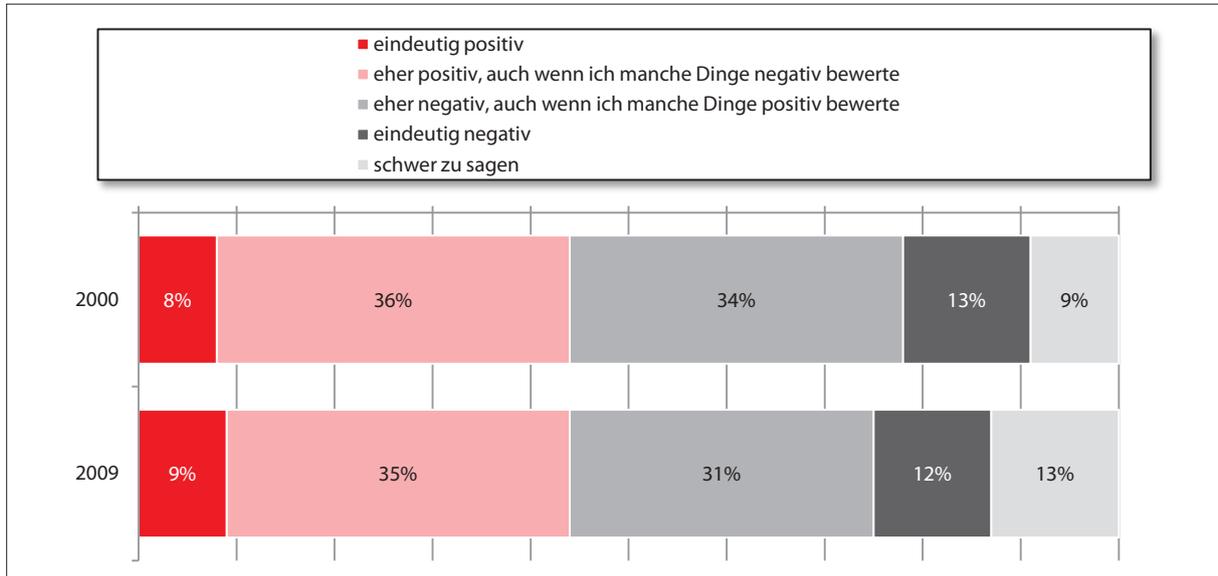
Grafik 5: Welche Fehler bzw. Unterlassungen wurden in der Phase des Umbruchs nach 1989 begangen?



Anm.: Die Befragten konnten mehrere Fehler nennen, daher ist die Gesamtsumme größer als 100.

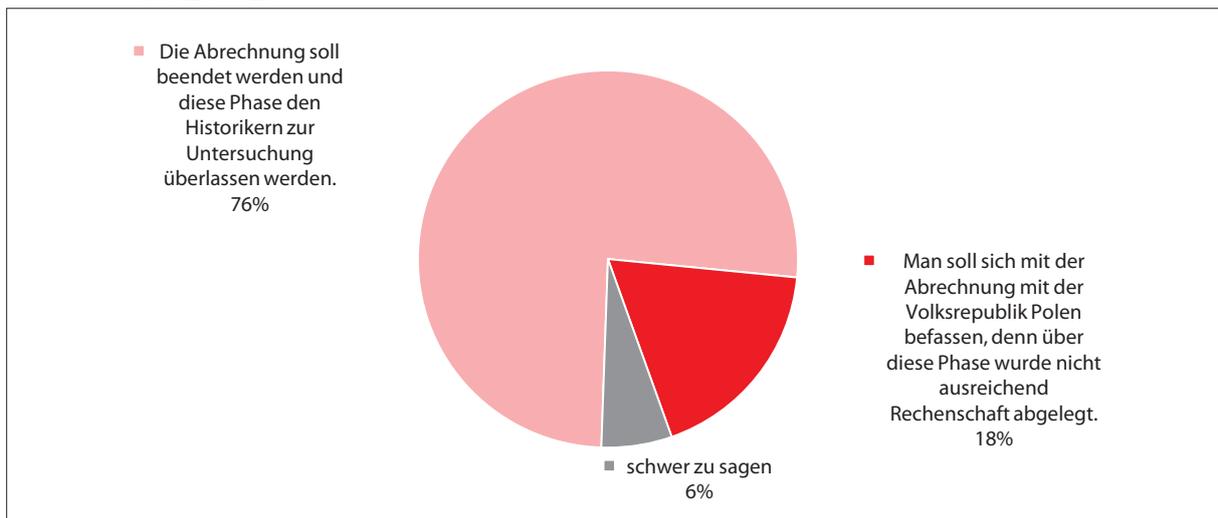
Quelle: CBOS BS/21/2009: *O upadku komunizmu i głównych aktorach przemian* [Über den Niedergang des Kommunismus und die Hauptakteure des Umbruchs]. Warszawa 02/2009. www.cbos.pl

Grafik 6: Wie bewerten Sie die Zeit der Volksrepublik Polen für die polnische Geschichte?

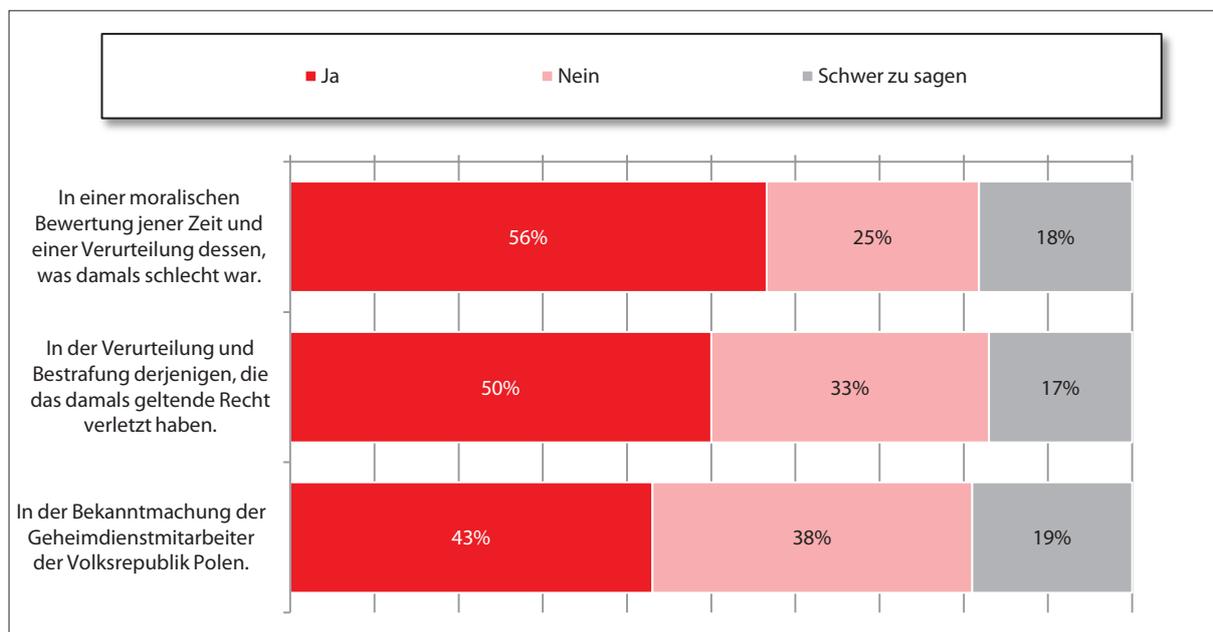


Quelle: CBOS BS/93/2009: *Oceny i rozliczenia okresu PRL w opinii publicznej [Die Bewertung und Abrechnung mit der Zeit der Volksrepublik Polen in der öffentlichen Meinung]. Warszawa 06/2009. www.cbos.pl*

Grafik 7: Soll man sich gegenwärtig mit der Abrechnung mit der Volksrepublik Polen befassen oder soll man dies beenden und diese Phase den Historikern zur Untersuchung überlassen?



Quelle: CBOS BS/93/2009: *Oceny i rozliczenia okresu PRL w opinii publicznej [Die Bewertung und Abrechnung mit der Zeit der Volksrepublik Polen in der öffentlichen Meinung]. Warszawa 06/2009. www.cbos.pl*

Grafik 8: Worin sollte gegenwärtig die Abrechnung mit der Volksrepublik Polen bestehen?

Quelle: CBOS BS/93/2009: *Oceny i rozliczenia okresu PRL w opinii publicznej [Die Bewertung und Abrechnung mit der Zeit der Volksrepublik Polen in der öffentlichen Meinung]*. Warszawa 06/2009. www.cbos.pl

Vom 3. bis zum 16. April 2012

03.04.2012	Nach jüngsten Angaben des Ministeriums für regionale Entwicklung hat Polen bis einschließlich März 2012 knapp 74 % der von der EU vorgesehenen Mittel für den Zeitraum 2009 bis 2013 abgerufen.
04.04.2012	Landwirtschaftsminister Marek Sawicki teilt auf einer Pressekonferenz mit, dass in Polen der Anbau von gentechnisch verändertem Mais verboten wird.
05.04.2012	Nach aktuellen Schätzungen des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik sank die Arbeitslosenquote im März auf 13,3 % von 13,5 % im Februar. Die Anzahl der registrierten Arbeitslosen betrug damit 2,14 Mio.
06.04.2012	In einem Fernsehinterview stellt der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, seine Kandidatur für das Amt des Staatspräsidenten im Jahr 2015 in Aussicht.
07.04.2012	In seiner Ansprache zum diesjährigen Osterfest erinnert Ministerpräsident Donald Tusk an die Wertschätzung, die Polen für seine Vernunft, seinen Fleiß und sein Verantwortungsbewusstsein vom Ausland entgegengebracht wird. Polen könne ein wohlhabendes, sicheres und glückliches Land werden, wenn die Polen nicht nur zu Ostern das Wort »nicht möglich« vergessen würden.
10.04.2012	Anlässlich des zweiten Jahrestages der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (Russland), bei der 96 Vertreter des politischen und öffentlichen Lebens Polens tödlich verunglückten, darunter der damalige Staatspräsident Lech Kaczyński, findet die offizielle Gedenkfeier der Regierung auf dem Powązki-Friedhof in Warschau statt. Das Lager um Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), führt eine eigene Gedenkveranstaltung im Zentrum Warschaus durch. Kaczyński unterstellt in seiner Ansprache, dass sein Bruder einem Mordanschlag interessierter Kreise zum Opfer gefallen sei. Kulturminister Bogdan Zdrojewski weiht am Flughafen von Smolensk symbolisch den Ort ein, an dem ein Denkmal errichtet werden soll.
12.04.2012	Ministerpräsident Donald Tusk trifft sich mit seinem spanischen Amtskollegen Mariano Rajoy im Rahmen von Konsultationen der polnischen und der spanischen Regierung in Warschau. Nach Einschätzung von Tusk können Polen und Spanien Einfluss auf die Debatte über den Haushalt der Europäischen Union nehmen und in der Kohäsionspolitik gemeinsame Interessen vertreten.
12.04.2012	Nach Einschätzung des Vorsitzenden der Polnischen Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP), Marek Belka, liegt ein Auseinanderbrechen der Eurozone nicht im Interesse der wirtschaftlich starken Euroländer, da dies einen Investitionsrückgang in Europa nach sich zöge.
13.04.2012	Der Sejm lehnt den Gesetzesentwurf der Palikot-Bewegung (Ruch Palikota) ab, die Subventionen aus dem öffentlichen Haushalt zur Parteienfinanzierung einzustellen und dafür den Bürgern freizustellen, 1 % ihrer jährlich abgeführten Einkommensteuer einer Partei ihrer Wahl zuzuführen.
13.04.2012	Der Sejm lehnt einen von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eingebrachten Antrag ab, Russland aufzufordern, das polnische Flugzeugwrack des Unglücks von Smolensk (April 2010) nach Polen zu verbringen, um es von polnischen Spezialisten untersuchen zu lassen. Vorausgegangen war eine hitzige Debatte zwischen Ministerpräsident Donald Tusk und dem Parteivorsitzenden von PiS, Jarosław Kaczyński.
14.04.2012	In einem Beschluss appelliert die Partei »Solidarisches Polen von Zbigniew Ziobro« (Solidarna Polska Zbigniewa Ziobra) an den Parteivorsitzenden von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, sich einer Vorwahl für die Kandidatur als Staatspräsident zu stellen. Beide Parteien repräsentierten das Mitte-Rechts-Spektrum und sollten sich auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen 2015 einigen. Nach Ansicht von Joachim Brudziński, Vorsitzender des Exekutivausschusses von PiS, sollte der Appell an die regierende Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) gerichtet werden, aus deren Reihen der aktuelle Staatspräsident kommt, da von der Gründung der Partei »Solidarisches Polen« die PO profitiere.
15.04.2012	Der Vorsitzende der Palikot-Bewegung (Ruch Palikota – RP), Janusz Palikot, fordert seine Fraktion auf, den Gesetzesentwurf der Regierungskoalition zur Rentenreform zu unterstützen. Gleichzeitig kündigt er ein Paket von Gesetzesentwürfen der RP an, das in den Bereichen Wirtschaft und Soziales »Korrekturen des Kapitalismus« vornehmen soll.
16.04.2012	Nach Ansicht des Vorsitzenden der Palikot-Bewegung (Ruch Palikota – RP), Janusz Palikot, ist eine Vorwahl für einen gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen (2015) der politischen Linken möglich, sollte vorher keine Einigung mit der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) über einen Kandidaten erzielt worden sein.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2012 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen